

111
169

HUMANISTISCHE STUDENTEN-UNION - BUNDESVORSTAND Frankfurt/M
Kronberger Str. 43
Tel. 72 82 21

Presseerklärung zu den Unruhen der
Osterfesttage

Der Bundesvorstand der HSU hat mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der vergangenen Tage betrachtet. Ein Großteil der HSU-Mitglieder hat an den Demonstrationen teilgenommen und damit unter Beweis gestellt, daß die Aktionen gegen den Springer-Konzern nicht nur auf das Konto einiger radikaler Rädelsführer gehen, wie es die Bundesregierung gern sehen möchte.

In einem Brief an Bundeskanzler Kiesinger vom 15.4.68 hat die HSU erklärt, daß sie sich nicht von den Auslieferungsverhinderungen der Zeitungen des Springer-Konzerns distanziert, da dieser ein ihrer Auffassung nach grundgesetzwidriges Meinungsmonopol beherrscht.

Die HSU hat sich niemals für eine revolutionäre Veränderung unserer Gesellschaft ausgesprochen, da sie die im GG definierten Freiheiten vollumfänglich bejaht. Sie muß aber feststellen, daß diese formal garantierten Freiheiten inhaltlich nicht verwirklicht sind, da Gleichheit vor dem Gesetz nur auf der Basis ökonomischer Gleichberechtigung aller Menschen in unserer Gesellschaft beruhen kann.

Der Bundesvorstand der HSU fordert Bundestag und Bundesregierung auf, endlich gesetzliche Maßnahmen gemäß Art. 14.3 GG zu ergreifen, um den Springer-Konzern zu entflechten.

Die HSU bedauert die Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen. Die Nachricht vom Tode des U-I-Pressefotografen hat sie mit Entsetzen vernommen. Der Bundesvorsitzende der HSU hat aber auch am eigenen Leibe verspürt, was Polizeiterror bedeutet. Passiven Widerstand hält die HSU für ein legitimes Mittel. Die strafrechtlichen Bestimmungen hält sie für zu eng begrenzt, da sie eine Gegenwehr gegen geplante Knüppelaktionen und Ersteingreifen der Polizei bereits unter Strafe stellt.

Der Bundesvorstand der HSU fordert den Justizminister auf, bei der geplanten Strafrechtsreform auch den Komplex Widerstandsrecht zu beachten, da angesichts der geplanten Novatandgesetzgebung mit verstärktem Widerstand von Arbeitern und Studenten zu rechnen ist.

Ffm, den 17.4.68
gez. Klaus Kreppel
(Bundesvorsitzender)